

Antrag der Kommission für Energie, Umwelt und Verkehr\* vom 10. April 2001

### **3830 a**

## **Beschluss des Kantonsrates betreffend Grundsätze über die mittel- und langfristige Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr**

(vom .....)

*Der Kantonsrat,*

nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 20. Dezember 2000,

*beschliesst:*

I. Für die Fahrplanperioden 2002–2004 und 2004–2006 gilt:

1. Ziele:

- a) Die Nachfrage im öffentlichen Orts- und Regionalverkehr wird bis 2006 um 15% gesteigert (Basis Fahrplanjahr 1999/2000).
- b) Die Kundenzufriedenheit soll von 77 Punkten (Basis 1998) auf 81 Punkte im Jahr 2006 erhöht werden.
- c) Basierend auf dem Angebotsniveau der Fahrplanperiode 2001/02, wird das Angebot in Regionen, in denen im Berufs- oder Freizeitverkehr täglich Kapazitätsengpässe auftreten, ausgebaut.
- d) Die Kostenunterdeckung wird bis 2006 das reale Niveau von 1996 nicht überschreiten.

2. Stossrichtungen:

- a) Attraktivität und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Verkehrs werden durch weitere Verkürzungen der Reisezeiten, zusätzliche Angebotsausbauten und Qualitätsverbesserungen gesteigert.

---

\* Die Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Esther Arnet, Dietikon (Präsidentin); Hans Badertscher, Seuzach; Adrian Bergmann, Meilen; Reto Cavegn, Oberengstringen; Willy Germann, Winterthur; Gaston Guex, Zumikon; Lorenz Habicher, Zürich; Martin Mossdorf, Bülach; Roland Munz, Zürich; Toni W. Püntener, Zürich; Werner Schwendimann, Oberstammheim; Peter Stirnemann, Zürich; Laurenz Styger, Zürich; Regula Ziegler-Leuzinger, Winterthur; Sekretärin: Dr. Franziska Gasser.

- b) Bei der S-Bahn stehen nachfrageorientierte Fahrplanverdichtungen, neue Direktverbindungen, zusätzliche beschleunigte S-Bahn-Linien und gute Anschlüsse an den Fernverkehr im Vordergrund. Ein grösserer Ausbauschritt soll auf den Fahrplanwechsel 2006 in Betrieb genommen werden. Zu diesem Zweck werden 3. Teilergänzungen der Bahninfrastruktur geplant. Die Kreditvorlagen werden spätestens im Laufe des Jahres 2002 zur Entscheidung vorgelegt.
- c) Auf den Fahrplanwechsel 2005/06 ist die Inbetriebnahme einer ersten Etappe der Stadtbahn Glattal auf dem Abschnitt Oerlikon-Flughafen mit einer Abzweigung Richtung Auzeleg vorgesehen. Die Kreditvorlagen für die Realisierung der Stadtbahn Glattal werden spätestens im Laufe des Jahres 2002 zur Entscheidung vorgelegt. Auf Grund der hohen Nachfrage werden Bauprojekte für die Erweiterung des Tramnetzes in der Stadt Zürich ausgearbeitet. Im Vordergrund stehen – je nach Entwicklung – die Erschliessungen von Eurogate, Zürich-West und Zürich-Affoltern.
- d) Das Angebot auf den Zubringerlinien (Buslinien) wird auf die vorgesehenen Ausbauten angepasst.

***Minderheitsantrag von Peter Stirnemann, Roland Munz, Gabriele Petri (in Vertretung von T. W. Püntener) und Regula Ziegler-Leuzinger***

- d) *Das Angebot auf den Zubringerlinien (Buslinien) wird auf die vorgesehenen Ausbauten im Sinne attraktiver Reiseketten gefördert.*
- e) Im Jahr 2002 wird das Verbundangebot um ein Nachtangebot an Wochenenden erweitert.
- f) Wo es aus Gründen der Leistungsfähigkeit und der Zuverlässigkeit notwendig ist, setzt sich der Verkehrsverbund im Rahmen des integrierten Verkehrsmanagements (IVM) dafür ein, dass dem öffentlichen Verkehr zusätzliche Kapazitäten (Busspuren, Bevorzugung an Lichtsignalanlagen) eingeräumt werden.
- g) Die Qualität der Dienstleistungen, insbesondere die Zuverlässigkeit und die Anschlussicherung, werden ausgebaut.
- h) Nutzung des öffentlichen Verkehrs und Zugang zum öffentlichen Verkehr werden durch Innovationen im Bereich der Fahrgastinformation sowie der Tarif- und Distributionssysteme vereinfacht.
- i) Der Kundennutzen des Verbundsystems wird unter dem Markennamen «ZVV» profiliert. Das Leistungsangebot wird engagiert und konzertiert vermarktet.

- j) Die Preise und das Fahrausweissortiment werden entsprechend der Wettbewerbssituation in den einzelnen Marktsegmenten differenziert entwickelt. Generelle Preiserhöhungen erfolgen nur, wenn dies zur Erreichung der finanziellen Zielsetzung notwendig ist.
- k) Die kombinierte Mobilität zur Gewinnung neuer Kundinnen und Kunden wird gefördert.
- l) Der Schienenverkehr in ländlichen Gebieten bleibt erhalten. Der Verkehrsverbund setzt sich zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit für die Einführung neuer Produktionssysteme ein.
- m) Der Zugang für mobilitätsbehinderte Personen wird schrittweise verbessert.
- n) Die Stärken des öffentlichen Verkehrs im Bereich einer nachhaltigen Entwicklung der Mobilität werden ausgebaut.
- o) Die Produktivität der Verkehrsunternehmen wird weiter verbessert.
- p) Ab 2003 wird für Fahrleistungen eine sozialverträgliche Wettbewerbsordnung eingeführt.

***Minderheitsantrag von Willy Germann, Esther Arnet, Roland Munz, Peter Stirnemann und Regula Ziegler-Leuzinger***

- p) *Ab 2003 wird für Fahrleistungen eine sozialverträgliche Wettbewerbsordnung eingeführt. Die Personalzufriedenheit wird verbessert.*

II. Für die langfristige Angebotsplanung gilt:

Zusammen mit den SBB AG und dem Amt für Verkehr setzt sich der ZVV für eine bessere Integration des Wirtschaftsraumes Zürich in das nationale und internationale Eisenbahnnetz ein. Erste Priorität haben dabei die Hochgeschwindigkeits-Verbindungen über Basel nach Deutschland und Frankreich, die Verdichtung des Non-Stop-Angebots nach Bern und Basel und die Beschleunigung der Verbindungen nach Süden.

Der langfristige Ausbau der S-Bahn orientiert sich an der S-Bahn-Vision. Deren Leitidee von kurzen Reisezeiten für alle Bewohnerinnen und Bewohner im Lebens- und Wirtschaftsraum Zürich soll durch Ausbau des Viertelstundentakts, von Direktverbindungen und Beschleunigungen umgesetzt werden. Die Chancen, die der neue Durchgangsbahnhof im Hauptbahnhof Zürich bietet, werden wahr-

genommen. In Zürich wird eine engere Vernetzung zwischen Kernstadt und Agglomeration mittels Tram- oder Stadtbahnen geprüft. Im Raum Winterthur wird der Aufbau eines eigenen S-Bahn-Systems untersucht.

III. Die vorliegenden Grundsätze ersetzen die Beschlüsse des Kantonsrates betreffend Grundsätze über die mittel- und langfristige Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr vom 22. März 1999.

IV. Veröffentlichung im Amtsblatt.

V. Mitteilung an den Regierungsrat zum Vollzug.

Zürich, 10. April 2001

Im Namen der Kommission

Die Präsidentin:	Die Sekretärin:
Esther Arnet	Dr. Franziska Gasser